



Marienstraße 13/14
49074 Osnabrück
Tel. 05 41 – 2 83 92
Fax 05 41 – 2 78 69
SUP.Osnabrueck@evlka.de

Statement bei der Anti-AKW-Demonstration der Osnabrücker Klima-Allianz

am 2. Mai 2011

„Jetzt den Ausstieg aus der Atomenergie zu fordern, ist billig!“ Das schleuderte mir vor wenigen Tagen ein Gesprächspartner mit Blick auf kirchliche Verlautbarungen zum Thema Atomausstieg in jüngster Zeit entgegen. Er kritisierte, dass Kirchenvertreter ja nicht die Folgen des Ausstiegs zu tragen hätten und deshalb in seinen Augen diesen leichtfertig fordern würden. Und die Neue Osnabrücker Zeitung kommentierte am 25. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl auf Seite 1: der rasche Ausstieg aus der Kernenergie brauche Machbarkeitsstudien.

Meine Damen und Herren, wer mit solchen Disqualifizierungen oder Forderungen den überfälligen Atomausstieg madig machen will, der handelt m.E. verantwortungslos. Nicht wer den Ausstieg fordert, sondern wer Laufzeiten von Atomkraftwerken verlängert, muss sich die Frage stellen, ob er billig handelt, weil er die Folgen der Entscheidung auf andere abwälzt.

Wo waren denn die Machbarkeitsstudien über die Entsorgung des atomaren Mülls, als die Kernenergie eingeführt wurde? Wer hat denn die Folgen des so genannten Restrisikos offen und ehrlich diskutiert? Da musste erst menschliches Versagen zur Katastrophe von Tschernobyl und eine Naturkatastrophe zu dem Unglück von Fukushima führen, damit es jetzt ernsthaft zu einer Neubewertung des Themas Restrisiko kommt.

Von denjenigen, die sich immer schon und jetzt wieder lautstark für den Ausstieg aus der Kernenergie einsetzen, Machbarkeitsstudien zu erwarten oder ihnen billiges Handeln vorzuwerfen, das ist ein Skandal.

Ich habe als Gemeindepastor 1992 in der Nähe von Gorleben begonnen. 1994 rollte nach langer Zeit wieder ein Castor ins Wendland. In meiner Zeit als Seelsorger habe ich erlebt, wie ein atompolitischer Riss durch die Bevölkerung ging. Quer durch Familien, Berufsgruppen, die Geschlechter, jung und alt entfachte die wieder aufflammende Debatte um das Gorlebener Lager alte Streitigkeiten.

Ich habe als Konfliktschlichter in einem Kessel von Demonstrierenden mitgewirkt. Habe erlebt, was es heißt einer martialisch anmutenden Polizei gegenüber zu stehen, aber auch wie hoch explosiv die Stimmung unter den vor allem jugendlichen Demonstrantinnen und Demonstranten sein kann.

Bei all dem, was ich in dieser Zeit erlebt habe, habe ich ein Argument der Bürgerinitiative nicht vergessen: Der Atom Müll muss irgendwohin, das steht außer Frage. Es kann auch sein, dass Gorleben dazu der am besten geeignete Standort ist. Aber es ist und bleibt unverantwortlich, eine Technik nicht nur versuchsweise, sondern serienmäßig zu betreiben, von der man bis heute noch nicht weiß, wohin mit dem Müll, den diese Technik produziert. Ein Ausstieg aus der über einen unvorstellbar langen Zeitraum Atom müll produzierenden Technik, ein solcher Ausstieg ist m.E. die Voraussetzung für die Akzeptanz eines atomaren Endlagers, wo auch immer in Deutschland.

Die Ev. Landeskirche Hannovers klagt gegen die weitere Erkundung des Salzstocks in Gorleben. Sie will damit u.a. deutlich machen, dass eine solche Erkundung nach Atomrecht zu geschehen hat und nicht – wie bislang – nach Bergbaurecht. Nur eine atomrechtliche Betrachtung garantiert eine angemessene Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Sie würde auch alternative Standorte mit in den Blick nehmen.

Spätestens aus Stuttgart 21 haben wir doch gelernt, dass kritische Großprojekte nur mit einer Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern durchsetzbar sind. Das muss auch für Gorleben gelten. Deshalb appelliere ich an alle Verantwortlichen, erkunden Sie Gorleben nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit, sondern schaffen Sie eine breite und kritische Bürgerbeteiligung.

Meine Damen und Herren, wer heute den Ausstieg aus der Atomenergie fordert, handelt nicht billig. Billig hat gehandelt, wer diese Technik ins Laufen gebracht hat, ohne eine Antwort auf die Frage zu haben, wohin mit dem Atom müll. Das ist meine Lehre aus meiner Zeit im Wendland. Sie ist heute noch so aktuell wie vor 20 Jahren.

1995 und dann noch einmal 1997 habe ich im Auftrag der Landeskirche die Region Gomel in Weißrussland besucht. Ich war verantwortlich für die Tschernobylarbeit unserer Kirche. Dort habe ich Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Staates und der jeweiligen Partnerorganisationen geführt und an einem Symposium zum 10jährigen Bestehen der Tschernobylhilfe teilgenommen.

Ich habe in diesem am stärksten von dem atomaren Fall out des havarierten Atommeilers von Tschernobyl betroffenen Gebiet erlebt, was die Folgen einer solchen Katastrophe sind. Ich habe Behinderteneinrichtungen besucht, Krankenhäuser gesehen, medizinische Hilfe und Ferienaufenthalte in Deutschland organisiert. Auch wenn über die Zahlen der Erkrankungen und Todesfolgen der Tschernobylkatastrophe immer noch gestritten wird: wer die Kinder von Tschernobyl gesehen hat, braucht keine weitere Statistik über steigende Schilddrüsen- oder Leukämieerkrankungen, über zunehmende pränatale Behinderungen oder erhöhtem Krebsrisiko.

Heute diskutieren wir das Restrisiko der Atomtechnik. Das ist gut und wichtig. Aber vor 25 Jahren habe ich in den Augen der Kinder von Tschernobyl gesehen, was Restrisiko bedeutet. Brauchte es wirklich noch einer Katastrophe, um jetzt hoffentlich mit der notwendigen Stringenz, die Frage nach dem Restrisiko zu beantworten?

Wir brauchen keine Machbarkeitsstudien zum Atomausstieg. Wir hätten längst Machbarkeitsstudien zur Beherrschung des sog. Restrisikos benötigt. Dann hätten wir nämlich erkannt, dass wir bloß meinen, eine technische Errungenschaft zu beherrschen, die aber niemals beherrschbar ist, weil wir mit menschlichen Fehlern rechnen müssen und mit Naturkatastrophen, deren Ausmaß nicht vorhersehbar sind.

Eine Technik, deren Restrisiko über einen so unvorstellbar langen Zeitraum Gefahren für diese Schöpfung beinhaltet, wie die Atomtechnik, ist nicht zu verantworten! Um dies deutlich zu machen, stehe ich heute für die Evangelische Kirche Osnabrück mit Ihnen hier.

Meine Damen und Herren, billig ist die Forderung des Atomausstiegs also nicht. Machbarkeitsstudien brauchen wir auch nicht. Aber, das will ich zum Schluss betonen: nur den Ausstieg zu fordern, greift natürlich auch zu kurz.

Denn wer den Ausstieg aus der Kernenergie fordert, muss sich auch die Frage nach seinem persönlichen Lebensstil, vor allem nach seinem Energieverbrauch stellen. Neben allem Ausbau regenerativer Energiegewinnung, bleibt die Energieersparnis eine der wesentlichen Voraussetzungen, um den Ausstieg so schnell wie möglich realisieren zu können. Dazu helfen uns auch neue Technologien. Dazu hilft uns aber vor allem, wenn wir unser Verhalten ändern. Jede und jeder von uns ist gefragt, seinen und ihren Lebensstil darauf hin zu überprüfen, wo wir Energie einsparen können.

Auch wir als Kirche stellen uns dieser Aufgabe. Wir bauen, wo möglich, auf die Gemeindegemeinschaften Solaranlagen, fördern die energetische Sanierung der kirchlichen Gebäude und beziehen im Kirchenkreis Osnabrück Strom von einem Anbieter, der ganz auf regenerative Energiequellen setzt.

Nur wenn wir unseren Lebensstil ehrlich bilanzieren, ist die Forderung nach einem raschen Ausstieg aus der Atomenergie nicht billig.

Gez. F. Pannen
OS, den 2.5.2011